

Einleitung	2
Armut bekämpfen – Lebensstandard sichern	2
Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – Für alle statt für Profite	3
Gesundheit ist ein Menschenrecht – und keine Ware	3
Inklusion radikal umsetzen – Teilhabe für alle sichern	3
Pflege, Geburt und Gesundheit – kommunal, menschlich, zugänglich	3
Teilhabe in jedem Lebensalter – gegen Kinder- und Altersarmut	3
Queeres Leben sichtbar und sicher machen	4
Obdachlosigkeit beenden – Housing First umsetzen	4
Soziale Infrastruktur ausbauen – vor Ort, offen und zugänglich	4
Wohnen ist Menschenrecht	4
Wohnen für Alle: sozial, bezahlbar, öffentlich	4
Regionale Stadtentwicklung – kooperativ statt konkurrierend	5
Niemand darf ohne eine Wohnung sein	5
Moderne Stadtentwicklung und öffentlicher Raum	5
Innenstädte neu denken – Vielfalt statt Einheitsbrei	5
(Struktur)Wandel als Chance	6
Gewerbeansiedelungen müssen zukunftsgerecht sein	6
Wir ist keine Insel – Mehr interkommunale Zusammenarbeit wagen	6
Unternehmen in die Pflicht nehmen	6
Mehr Gießkanne wagen – Altschuldenlösung muss kommen	7
Öffentliche Armut steht privatem Reichtum gegenüber	7
Mitreden beim Haushalt	8
Transparenz und Demokratie statt Zweckverbänden und Lobbyismus	8
Vertrauen als Basis	8
Gute Verwaltung braucht gute Mitarbeiter*innen	8
Der Lebensunterhalt muss priorisiert werden	9
Eine digitale Stadt für alle	9
Eine Stadt ist kein Konzern	9
Kunst und Kultur	9
Bildung ist mehr als Wissen	10
Vorschulische Bildung sicherstellen	10
Schule und Bildung	10

Schulsozialarbeit	11
Mehrsprachigkeit fördern	11
Inklusion im Bildungsbereich	11
Weiterbildung	12
Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!	13
Antifaschismus	13
Klimagerecht. Sozial. Vor Ort. – Klima, Umwelt und Mobilität für eine lebenswerte Stadt	13
Mobilität & Verkehr	14
Energie & Wärmewende	15
Stadtentwicklung, Planung und Umweltanpassung	16
Bürger*innenbeteiligung und transparente Stadtplanung	16
Schlusswort	16

Einleitung

International, solidarisch und bereit für eine bessere Zukunft – so möchten wir hier im Dreiländereck leben. Gemeinsam mit Euch und Ihnen wollen wir unsere Region weiterentwickeln zu einem Ort, an dem wir alle gut leben können, an dem wir für unsere Probleme gemeinsam die besten Lösungen finden und alles Notwendige tun, damit wir auf die Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet sind und auch morgen noch eine gute und intakte Umwelt vorfinden. Ob Aachen, ob Baesweiler oder Monschau – wir wollen lebendige Städte und Gemeinden, in denen sich alle gerne aufhalten. In denen es nicht bloß um Konsum, Verkehr und Parkplatzsuche geht. In denen auch die Jüngsten und die Ältesten auf den Straßen sicher sind. Städte und Gemeinden, in denen jede*r eine bezahlbare und angemessene Wohnung findet. In denen man gut, günstig und zuverlässig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur KiTa, zur Schule und zur Arbeit kommt. Oder ebenso gut mit dem Fahrrad.

Wir wollen in diesen schwierigen Zeiten gesellschaftliche Fortschritte verteidigen und unser solidarisches Zusammenleben schützen. Niemand soll Angst haben, wegen seines Aussehens, der Herkunft, seiner geschlechtlichen Identität, sexuellen Orientierung oder seiner körperlichen Verfassung ausgegrenzt oder gar angegriffen zu werden.

In diesem Programm wollen wir an einigen Punkten zeigen, wie wir Dinge anders machen möchten: solidarischer, gerechter, ökologischer – damit es uns allen besser geht in Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Roetgen, Simmerath, Stolberg und Würselen. Dazu brauchen wir eine starke Linke in den Stadt- und Gemeinderäten, im Städteregionstag und in den Aachener Bezirksvertretungen. Deine und Ihre Stimme am 14. September kann dazu beitragen.

Armut bekämpfen – Lebensstandard sichern

Armut ist kein individuelles Versagen, sondern ein strukturelles Problem, das entschlossen auf kommunaler Ebene bekämpft werden muss. Wir fordern die Einführung eines kommunalen Existenzsicherungsfonds, der gezielt Menschen in prekärer Beschäftigung und Aufstocker*innen unterstützt. Gleichzeitig setzen wir uns für eine kommunale Tariftreuepflicht ein: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen mit Tarifbindung vergeben werden.

In allen Stadtteilen muss es gezielte Maßnahmen gegen Armut geben – insbesondere dort, wo soziale Ausgrenzung am stärksten spürbar ist. Wir fordern Quartiersfonds für benachteiligte Viertel, die soziale Projekte wie Nachbarschaftstreffen Mittagstische oder Lernhilfen unkompliziert fördern.

Schulische Armutsprävention muss gestärkt werden – mit kostenlosen Schulfrühstücken, enger Zusammenarbeit mit Jugendzentren und multiprofessionellen Teams an Schulen.

Öffentliche Daseinsvorsorge ausbauen – Für alle statt für Profite

Wir stehen für den Erhalt und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Der städtische Wohnungsbau muss massiv ausgebaut und barrierefrei gestaltet werden. Gleichzeitig wollen wir mit den **kommunalen Energiegesellschaften** faire Energiepreise sichern und **Stromsperren durch Härtefallfonds** verhindern.

Auch digitale Teilhabe gehört heute zur öffentlichen Grundversorgung: Wir setzen uns für ein kommunales **Förderprogramm für Internetanschlüsse und digitale Endgeräte** ein – insbesondere für einkommensschwache Haushalte. Öffentliche Terminals und mobile Beratungsteams sollen den Zugang zu digitalen Angeboten erleichtern.

Gesundheit ist ein Menschenrecht – und keine Ware

Gesundheit darf nicht vom Geldbeutel oder Wohnort abhängen. Wir fordern den Aufbau von **Gesundheitskiosken in jedem Stadtteil**, die kostenfreie und niedrigschwellige Beratung anbieten – kombiniert mit mobilen Angeboten wie dem **DocMobil**. Die kommunale Suchthilfe muss gestärkt und durch einen **Drogenkonsumraum** ergänzt werden, um Gesundheit zu schützen und den öffentlichen Raum zu entlasten.

Besondere Aufmerksamkeit gilt der psychischen Gesundheit: Wir fordern den **24/7-Krisennotdienst** für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie kostenlose und sofort erreichbare psychologische Beratung. Krankenhäuser sollen in öffentlicher Hand bleiben – Privatisierungen lehnen wir strikt ab.

Inklusion radikal umsetzen – Teilhabe für alle sichern

Inklusion ist ein Menschenrecht. Der Aachener Aktionsplan Inklusion muss mit verbindlichen Umsetzungsfristen und klaren Verantwortlichkeiten versehen werden. Wir fordern selbstverwaltete Wohnprojekte und Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen, barrierefreie Kunst-, Kultur- und Sportangebote sowie **verpflichtende Schulungen in Barrierefreiheit, Antidiskriminierung und inklusiver Verwaltung** für alle städtischen Mitarbeitenden.

Auch **Neurodiversität** muss als Teil kommunaler Vielfalt anerkannt werden: Eine Sensibilisierungskampagne zu Autismus, ADHS oder Dyskalkulie soll gesellschaftliches Verständnis stärken.

Pflege, Geburt und Gesundheit – kommunal, menschlich, zugänglich

Die Stadt Aachen braucht ein öffentlich getragenes **Geburtshaus** und eine flächendeckende Förderung von Hebammenpraxen sowie mobilen Geburtsteams. Schwangerschaftskonflikt-Beratungsstellen müssen für alle Betroffenen erreichbar und kostenfrei sein.

In der Pflege setzen wir auf wohnortnahe, gemeinschaftliche Pflege-WGs statt große Heime. Ein **Pflege-Notfall-Dienst** soll pflegende Angehörige kurzfristig entlasten.

Pflegedienste brauchen bessere Arbeitsbedingungen – dafür fordern wir erleichterte Parkmöglichkeiten im Stadtgebiet, mehr Pflegeberatung und flexible Unterstützungsangebote für Familien im Schichtdienst.

Teilhabe in jedem Lebensalter – gegen Kinder- und Altersarmut

Kinderarmut muss strukturell bekämpft werden: mit einem kommunalen **Kinderarmutskonzept**, kostenlosen Kita-Plätzen, besseres und kostenloses Schulessen sowie einer Stärkung der schulischen Sozialarbeit. Für ältere Menschen fordern wir einen **Senior*innen-Teilhabeplan**, der kostenlose kulturelle und soziale Angebote ermöglicht.

Mehrgenerationenhäuser, gemeinschaftliches Wohnen und generationenübergreifende Treffpunkte stärken das soziale Miteinander – sie müssen gezielt gefördert werden.

Queeres Leben sichtbar und sicher machen

Unsere Region ist vielfältig – diese Vielfalt muss geschützt und sichtbar gemacht werden. Wir setzen uns für den Aufbau eines **queeren Zentrums** in Aachen ein, das Beratung, Kultur und Schutzräume bietet. Queere Jugendarbeit muss ausgebaut und Verwaltungsmitarbeitende zu queeren Lebensrealitäten geschult werden. **Regenbogen-Kompetenz** gehört zur modernen Sozialpolitik.

Gewaltschutzkonzepte in städtischen Einrichtungen müssen queere Perspektiven mitdenken – Anlaufstellen für Betroffene queerfeindlicher Gewalt brauchen mehr Sichtbarkeit und Ressourcen.

Obdachlosigkeit beenden – Housing First umsetzen

Niemand darf ohne Dach über dem Kopf leben müssen. Wir fordern ein kommunales **Housing-First-Projekt** mit intensiver sozialer Begleitung.

Obdachlosigkeit ist keine Naturkatastrophe, sondern ein politisch lösbares Problem. Mit dem Housing-First-Ansatz gibt es ein erprobtes Modell, das nicht auf Notschlafstellen, sondern auf dauerhafte Wohnungen mit begleitender, freiwilliger Unterstützung setzt. Wir brauchen deutlich mehr als die wenigen Wohnungen, die aktuell zur Verfügung stehen.

Ergänzt werden soll das durch sichtbare Aktionen wie die Ausstellung „*Gesichter von Aachen*“ und niedrigschwellige Angebote wie Sonntagsfrühstücke im öffentlichen Raum.

Soziale Infrastruktur ausbauen – vor Ort, offen und zugänglich

Die soziale Infrastruktur muss deutlich gestärkt werden: Stadtteilzentren und Begegnungsorte für Jung und Alt müssen ausgebaut, die **Sozialarbeit aufgestockt** und die **Bürger*innenberatung** vor Ort und online erweitert werden. Auch in Krisenzeiten braucht es verlässliche Information und Hilfe – etwa über eine **mehrsprachige städtische Krisen-App**, eine zentrale Plattform für Notfallangebote und digitale Soforthilfe.

Wohnen ist Menschenrecht

Das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen ist sowohl in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ als auch im UN-Sozialpakt verankert. Dies sind keine unverbindlichen Absichtserklärungen: Sie garantieren allen Menschen Rechte, die kein Staat gefährden darf bzw. deren Einhaltung ein Staat sicherstellen muss.

Wohnen für Alle: sozial, bezahlbar, öffentlich

Während immer mehr Menschen von ihrer Arbeit schlecht oder gar nicht mehr leben können, steigen vielerorts die Mieten und überall die Nebenkosten. In Aachen, aber auch in immer mehr Kommunen des Altkreises, ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum für viele Menschen zu einer existenziellen Frage geworden. Große Teile der Innenstadt werden von privaten Investor*innen für Besserverdienende bewirtschaftet. Gleichzeitig fallen immer mehr preiswerte Wohnungen, einst mit Steuergeldern günstig gebaut, aus der Sozialbindung. Menschen mit wenig Geld werden im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand verdrängt. Bodenspekulation gehört zu den wesentlichen Kostentreibern bei den Mieten!

Die Stadt muss durch die konsequente Nutzung des städtischen Vorkaufsrechts wieder an mehr Baugrundstücke für den preisgebundenen Wohnungsbau gelangen und entschieden gegen Leerstand und brachliegende Baugrundstücke vorgehen. Anscheinend benötigen private Investor*innen Nachhilfe zu ihrer Verpflichtung zum Allgemeinwohl.

Die Linke sieht aber auch die Städte in der Pflicht, wieder selbst zu bauen und ihren Wohnungsbestand kontinuierlich zu erhöhen. Wohnungen im kommunalen Eigentum sind ein wesentliches Gegengewicht zum privaten, gewinnorientierten Wohnungsmarkt.

Regionale Stadtentwicklung – kooperativ statt konkurrierend

Stadtentwicklung endet nicht an der Stadtgrenze. Unsere Städte Aachen, Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg und Würselen und die Gemeinden Roetgen und Simmerath brauchen eine solidarische Region:

- **Kooperation mit der Städteregion Aachen** und dem Umland statt Standortwettbewerb
- **Integrierte ländliche Entwicklung:** Mobilität, Nahversorgung, digitale Anbindung sichern
- **Stärkung regionaler Verbünde** statt Verdrängung auf dem Wohnungsmarkt

Niemand darf ohne eine Wohnung sein

Wohnungslosigkeit darf nicht hingenommen werden. Unser Ziel ist: **Wohnraum statt Notunterkünfte** – nach dem „**Housing First**“-Prinzip.

- Jede*r hat das Recht auf eine eigene Wohnung!
- **Barrierefreies Wohnen** muss für alle Gruppen selbstverständlich und bezahlbar sein.
- **Ausbau von Studierendenwohnheimen** muss vorangetrieben werden, damit Studierende nicht in überbezahlten WG's landen oder in Notunterkünfte gedrängt werden.

Moderne Stadtentwicklung und öffentlicher Raum

- **Aufwertung des öffentlichen Raums:** Öffentliche Plätze und Bürgerzonen sollen alles bieten, was das Leben lebens- und liebenswert macht:
 - **Dritte Orte:** Neben vielfältigen Angeboten für Kinder (wie Spielplätze) brauchen wir Jugendkulturzentren, offene Bürger*innenzentren, Bibliotheken und Volkshochschulen.
 - **Flexible Aufenthaltsorte:** Statt defensive Architektur zu installieren – also z. B. Sitzbänke mit sperrenden Armlehnen, schmalen Stufen oder abgegrenzten Flächen – fordern wir öffentlich zugängliche, barrierefreie und ansprechende Aufenthaltsräume, in denen sich alle Menschen willkommen fühlen.
 - **Urbanes Grün und Infrastruktur:** Mehr Bäume, Trinkwasserspender, Sitzmöglichkeiten und Begegnungszonen in Parks und auf Bürgersteigen tragen dazu bei, sowohl die Luftqualität zu verbessern als auch Abkühlungszonen in der Stadt zu schaffen.
- **Kultur und Demokratie vor Verdrängung:** Leerstände, beispielsweise in Industriegebieten, sollen nicht dem kontrollierten Markt, sondern kulturellen und bürgerschaftlichen Aktivitäten zugutekommen – hierdurch sollen aus bislang ungenutzten Arealen attraktive Kultur- und Bürgerzentren entstehen. Jedes Viertel braucht einen zentralen Treffpunkt, an dem die Bürger*innen zusammenkommen und Demokratie aktiv gelebt wird. So wird nicht nur der städtebauliche Raum aufgewertet, sondern auch das Zusammenleben und die demokratische Teilhabe gestärkt.

Innenstädte neu denken – Vielfalt statt Einheitsbrei

Das Kaufverhalten der Menschen hat sich gewandelt und der Onlinehandel wird in absehbarer Zeit nicht mehr verschwinden. Dies wird häufig als großes Unglück angesehen, aber Die Linke möchte darin die Chance für eine neue Innenstadt finden. Eine Innenstadt, in der Kommerzinteressen zurückgedrängt werden und die Aufenthaltsqualität gestärkt wird.

Innenstädte leben von Vielfalt. Nicht nur der Menschen, sondern auch der Angebote. Alt steht neben Neu, Ladenlokale neben Cafés und Begegnungsstätten neben Shopping-Centern.

Kleine Geschäfte sollen weiterhin möglich bleiben. Projekte wie Ladenliebe in Aachen, bei dem leerstehende Ladenlokale mit neuem Leben gefüllt werden, sollten beispielhaft auch für kleine Städte sein. Wir brauchen weniger Einheitsbrei von Großkonzernen und mehr Individualität in unseren Innenstädten.

(Struktur)Wandel als Chance

Wie viele andere Regionen steht auch unsere vor großen Herausforderungen. Neoliberale Politik und wirtschaftlicher Strukturwandel haben ihre Spuren hinterlassen. Kommunen müssen immer größere Anstrengungen aufbringen, um bestehende Betriebe zu halten und investitionswillige Unternehmen an ihren jeweiligen Standort zu binden. Am Erfolg dieser Anstrengungen hängen Arbeitsplätze und Gewerbesteuer, somit auch Einnahmen für die Kommunalkassen.

Wir wollen, dass der Strukturwandel nicht weiterhin als Verwaltungs- und Elitenvorgang, sondern als Beteiligungsprozess angelegt, geplant und durchgeführt wird. Die lokal betroffene Bevölkerung, Gewerkschaften und NGOs müssen ein wirksames Mitspracherecht erhalten.

Der Strukturwandel vor Ort kann nur miteinander, nicht gegeneinander gelingen. Wir fordern deshalb einen städteregionalen Gewerbesteuerverbund als Ergänzung zum Gewerbeflächenpool, um überflüssige Standortkonkurrenz zu verhindern.

Gewerbeansiedelungen müssen zukunftsgerecht sein

Das Gebiet der Städteregion ist begrenzt. Vor allem in der Stadt Aachen, aber auch in den umliegenden Kommunen, geht der Platz aus. Bei der Ansiedelung von Gewerbe kann es nicht weiter darum gehen, öffentliche Grundstücke zu verkaufen. Sie sollen zukünftig nur noch in Erbbaurecht und unter bestimmten Voraussetzungen vergeben werden. Unternehmen, die sich auf öffentlichen oder ehemals öffentlichen Gewerbegrundstücken ansiedeln, müssten zur Zahlung von Tarifröhen verpflichtet werden und ein Konzept vorlegen, wie der Eingriff in die Natur möglichst gering gehalten werden kann.

Gewerbegebiete sollen keine Betonwüsten voller versiegelte Flächen sein. Auch hier sollen Grünflächen mitbedacht werden. Aber auch Kultur und Verpflegungsmöglichkeiten sollten auf diesen Arealen gefördert werden.

In Zeiten des Klimanotstandes müssen die Städte beim Bau mit gutem Beispiel vorangehen. Sanierung muss immer vor Abriss und Neubau stehen, da viel zu viel Rohstoffe und Energie im Altbestand stecken, die sonst verschwendet sind. Alle Bauten müssen den höchsten energetischen Standards genügen, genauso wie eine Klimaresilienz durch Fassadenbegrünung und Klimatisierung aufweisen. Darunter fallen erneuerbare Energien, auch für die Heizung und ressourcenschonendes Bauen, das auch den Um- und Rückbau in Jahrzehnten möglich macht.

Wir ist keine Insel – Mehr interkommunale Zusammenarbeit wagen

Die Städteregion ist stolz darauf, eine europäische Region zu sein. Gleichzeitig findet grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit anderen Kommunen häufig nur dort statt, wo man Bündnisse gegen angebliche Konkurrenten schmieden möchte.

Die Linke strebt eine demokratische Kooperation auf Augenhöhe an, statt Hinterzimmerpolitik und Gewerbesteuer-Unterbietungswettbewerbe. In der Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Westen (Vaals, Kelmis, Raeren) setzen wir auf rheinische Lösungen statt EU-Bürokratie.

Unternehmen in die Pflicht nehmen

Die Krisen der letzten Jahre haben sich vor allem auf Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ausgewirkt. Vor allem die Inflation im Lebensmittelsektor, aber auch die stetig steigenden Mieten haben ihre Spuren hinterlassen. Bei dieser Entwicklung konnten die Löhne selten standhalten. Auf der anderen Seite konnten große Unternehmen und Besserverdienende ihre Einnahmen teils drastisch steigern.

Drohende Entlassungen und Sozialkürzungen gehören dabei zur ständigen Angst der Menschen. Dies kann zu noch mehr Armut und weiteren sozialen Verwerfungen führen.

Die Linke fordert ein konsequentes Entgegenwirken: Die Stadt muss prüfen, ob bei Großunternehmen, die ihre Mitarbeiter*innen entlassen, tatsächlich eine wirtschaftliche Not vorliegt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen veröffentlicht werden. Auch die

Geschäftsbücher müssen offengelegt werden, damit eine Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt ist. Die Linke ist der Überzeugung, dass jede*r eine entlohnende Arbeit verdient. Deshalb kämpft sie für flächendeckende Tarifbindung, damit die Krisen unserer Zeit nicht auf dem Rücken der Arbeiter*innen stattfindet. Erzielte Übergewinne sollten in die Kassen der Kommune fließen, um andere Projekte zu finanzieren.

Mehr Gießkanne wagen – Altschuldenlösung muss kommen

Die Kommunen leiden seit geraumer Zeit an einer chronischen Unterfinanzierung. In hohem Maße verursacht durch die Aufgaben, die aus Gesetzen von Bund und Land erwachsen. Des weiteren wurden den kommunalen Kassen durch Steuersenkungen des Bundes massiv Geld entzogen.

Abhilfe sollten projektbasierte Ausschreibungen liefern, diese haben sich aber oftmals trügerische Hilfe erwiesen, weil sie zeitlich begrenzte Leuchtturmprojekte finanzieren, aber die Grundsatzsubstanz verfallen lassen.

Die Ausgaben für gesetzliche Aufgaben übersteigen in vielen Kommunen in NRW inzwischen die zugewiesenen Einnahmen. Statt den wachsenden Reichtum zur Finanzierung notwendiger, gesamtgesellschaftlicher Aufgaben zu nutzen, verfolgten diverse Regierungen gegenteilige Ziele: Mit immer neuen Steuergeschenken hat er seine Einnahmen massiv geschwächt und gleichzeitig den privaten Reichtum gefördert.

Investitionen u. a. in die öffentliche Daseinsvorsorge können deshalb nicht ausreichend finanziert werden. Der Verfall zeigt sich vor allem in Schulen, Sporthallen und Schwimmbädern. Öffentliche Armut ist allgegenwärtig und unübersehbar.

Um diese Missstände zu beheben, ist eine umfassende Entschuldung der Städte und Gemeinden nötig. Darüber hinaus sollten finanzielle Mittel in ausreichendem Masse zur Verfügung stehen, um den Erhalt der Infrastruktur sicherzustellen.

Öffentliche Armut steht privatem Reichtum gegenüber

Die Besteuerung großer Vermögen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch der ökonomischen Vernunft und letztendlich der einzige vernünftige Ausweg aus der Krise für Kommunen, Länder und Bund.

Die Folgen der mangelnden Finanzierung bei den Sozialausgaben (u. a. Unterkunftskosten SGB II), massiver Einnahmeverlust durch Steuersenkungen und die Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich müssen korrigiert werden. Diese Fehler sind für die kommunale Finanzmisere wesentlich verantwortlich.

Das Prinzip der Konnexität (wer bestellt, der muss auch bezahlen) muss auf allen staatlichen Ebenen wieder strikte Beachtung finden.

Die Linke tritt ein für:

- die Verteidigung der kommunalen Selbstverwaltung und strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips.
- die Wiederanhebung des Steueranteils der Kommunen von 23 Prozent auf 28 Prozent.
- eine Entschuldung der Kommunen und eine Finanzausstattung, die die Kommunen nachhaltig handlungsfähig macht.
- die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindewirtschaftssteuer, von der Freiberufler*innen wie z. B. Rechtsanwälte oder Architekt*innen nicht ausgenommen werden.
- die Rekommunalisierung ausgegliederter Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- den Erhalt und Ausbau öffentlichen Eigentums.
- mehr Gewerbesteuerprüfer*innen bei der Stadt.

Statt Kassenkredit und Haushaltssicherung brauchen die Kommunen eine solide Finanzausstattung, die ihnen mehr Spielräume lässt, um den gewachsenen Aufgaben durch die zunehmende Armut der Menschen und Quartiere gerecht zu werden. Denn nur Reiche können sich einen armen Staat bzw. eine arme Stadt leisten!

Mitreden beim Haushalt

Kommunale Haushalte arbeiten mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger. Über die Verwendung von Haushaltsmitteln in ihrer Gemeinde sollen die Bürger*innen dementsprechend auch mitbestimmen können. In einigen Kommunen ist damit z. B. nach dem Modell des Berliner Stadtteils Lichtenberg begonnen worden.

In anderen Kommunen soll sich Beteiligung auf Vorschläge von Einwohner*innen zu Einsparungen beschränken. Die Einführung eines demokratischen „Bürgerhaushaltes“ muss vor Ort über mehrere Jahre entwickelt werden, indem er schrittweise in einem regelmäßigen Beteiligungsverfahren aufgestellt wird.

Die Linke wird dabei besonders jene Einwohner*innen unterstützen, die bisher kaum über Einfluss verfügen und von der herrschenden Politik wenig berücksichtigt werden. Wenn auf Kosten der Mehrheit der Einwohner*innen für einzelne Firmen und Konzerne Beschlüsse gefasst werden sollen, werden wir dies öffentlich machen und zu Formen des Protests aufrufen.

Transparenz und Demokratie statt Zweckverbänden und Lobbyismus

Die Beteiligungs- und Informationsrechte sowohl aller Gemeindeangehörigen als auch die der einzelnen Stadtverordneten sollen wesentlich gestärkt werden. Hierzu bedarf es neuer Mitwirkungsmöglichkeiten, einer Verringerung bestehender Hürden bei Wahlrecht und Bürgerbeteiligung, allgemeiner Öffentlichkeit der Sitzungen und Veröffentlichungspflichten bei Beschlussfassungen. Die Veröffentlichungspflichten sollen auch auf kommunale Beteiligungen ausgeweitet und die Rechenschaftspflicht gegenüber dem Kommunalparlament erfolgen.

Statt unzähliger, ineinander verschachtelter Zweckverbände, bedarf es transparenten und nachvollziehbaren Strukturen, die die Interessen der Bürger*innen ausdrücken.

Städte der Region sollen durch Mitgliedschaft bei Transparency International ein Zeichen für Korruptionsbekämpfung setzen. In den Stadtverwaltungen sollen, um unmittelbare Einflussnahme von Fremdinteressen auf politische Entscheidungen zu vermeiden, der interne Fachverstand der Verwaltungen anstelle von Beratungsfirmen genutzt werden.

Vertrauen als Basis

Eine Reform der Verwaltung, die mehr Bürgernähe und Effizienz fordert, möchte jeder und wird mit unzähligen Floskeln ausgeschmückt. Darauf aufbauend sieht Die Linke ein zentrales Ziel, gegenseitiges Vertrauen zu etablieren. Wir müssen weg vom Misstrauen gegen die Bürger*innen, Betrugsversuche gibt es, sind aber Ausnahmen. Ebenso muss klar sein, dass in den Verwaltungsgebäuden keine bösen Bürokratiemaschinen sitzen, sondern Menschen.

Auf diesem Fundament möchten wir eine bessere Verwaltung schaffen, die fähig ist, sich den Aufgaben der Zukunft zu stellen. Dazu zählt: die Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, die Städteplanung auf gemeinschaftliches Leben auszurichten und Einwanderung als Chance wahrzunehmen und damit unsere Gesellschaft noch lebendiger zu gestalten.

Gute Verwaltung braucht gute Mitarbeiter*innen

Nicht erst seitdem Die Linke 2022 den drohenden Verwaltungsblackout befürchtet hat, machen wir uns Sorgen um die dünne Personaldecke der öffentlicher Einrichtungen. Zwar hat sich die Situation entspannt, aber Entwarnung kann man immer noch nicht geben. Um die Situation dauerhaft zu verbessern, sollten stricte Qualifikationsvorgaben gelockert werden. Darüber hinaus müssen unkonventionelle Lebensläufe mitgedacht werden. Mitarbeiter*innen bleiben nur noch selten ein Leben lang bei einem Arbeitgeber oder innerhalb einer Berufsbranche.

Als großer Arbeitgeber muss die Stadt auch Beschäftigungsverhältnisse für Menschen mit “geringen Qualifikationen” sichern. Anstelle einer Auslagerung an Fremdfirmen fordert Die Linke mehr Stellen in Bereichen wie Grünflächenpflege, Stadtreinigung und Hausmeisterei sowie städtische Reinigungskräfte, die nicht über das Jobcenter “gefördert” werden.

Der Lebensunterhalt muss priorisiert werden

Verwaltungen haben viele Aufgaben, einige wichtiger als andere. Besondere Bedeutung haben jene Anträge, die unmittelbar über den Lebensunterhalt der Bürger*innen entscheiden. Wer Bürgergeld, Elterngeld oder Wohngeld beantragt, hat meistens kein Polster, um Zahlungsausfälle zu überbrücken. Vor allem bei Folgeanträgen sollten Prozesse vereinfacht und Wartezeiten verkürzt werden. Ein Vorschlag, um dies zu erreichen, wäre die automatische Bewilligung von existenzsichernden Leistungen mit anschließender stichprobenartiger Begutachtung.

Eine digitale Stadt für alle

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen kann für Bürger*innen und Unternehmen Entlastung bedeuten, weil komplizierte Verfahren, Anfahrten oder lange Wartezeiten entfallen. Dies bietet zudem die Chance, bundesweite Initiativen für eine weitere Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich zu unterstützen. Die vorhandene Arbeit könnte auf mehr Schultern verteilt und weitere Arbeitsplätze geschaffen werden.

Leicht zugängliche, barrierefreie und vielsprachige Angebote müssen unter hohen Datenschutzstandards deutlich ausgebaut werden. Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien dürfen jedoch nicht von den öffentlichen Dienstleistungen der Kommunen ausgeschlossen werden. Alle Bürger*innen müssen konsequent in einen demokratisch organisierten Digitalprozess eingebunden werden. Zu diesem Zweck müssen attraktive Erwachsenenbildungsangebote zum Umgang mit digitalen Technologien geschaffen werden.

Eine Stadt ist kein Konzern

Eine Stadt und deren Betriebe dient allein dem Allgemeinwohl und keinen Profitinteressen. Die Linke fordert, dass alle Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge auch in öffentlicher Hand sein sollten. Ob Gas, Strom, Wasser, Abfallentsorgung oder ÖPNV. Nur ohne kapitalistische Gewinnmaximierung kann eine reibungslose Versorgung sichergestellt werden.

Die Städteregion braucht mehr und bessere Betriebshöfe und Verwaltungsgebäude statt Grundstücksverkäufe. In Zeiten des Klimanotstandes müssen Kommunen beim Bau mit gutem Beispiel vorangehen und bereits heute nach den Standards von morgen bauen. Dazu gehört, dass Gebäude so gebaut werden, dass Um- und Abbauten noch in Jahrzehnten möglich sind, ohne, dass Tonnen an Sondermüll anfallen.

Kunst und Kultur

Die Zusammensetzung unserer Gesellschaft ist in einem starken Wandel begriffen. Kunst und Kultur sind für Linke Kommunalpolitik essenzieller Bestandteil des Lebens aller Menschen. Der Kulturauftrag des Landes NRW und seiner Kommunen genießt nach Artikel 18 der Landesverfassung NRW Verfassungsrang. Kultur darf aber nicht nur Zeitvertreib einiger weniger sein, sondern muss allen Menschen Teilhabe bieten können – unabhängig von den finanziellen Mitteln Einzelner. Eine lebendige und diverse Kulturszene ist die Grundlage für gelebte Demokratie und das soziale Miteinander in den Städten und Gemeinden unseres Landes.

Die Linke tritt ein für:

- kostenfreie Zugänglichkeit zu Museen und Ausstellungen als Träger öffentlichen Kulturgutes.
- kostenfreie musische Förderung von Kindern von Leistungsberechtigten über das Bildungs- und Teilhabepaket und andere Projekte, wie den Kulturrucksack, hinaus.

- den Erhalt öffentlicher Bibliotheken, Theater, Archive, Museen, der Volkshochschule und städtischer Musikschulen und deren Ausstattung mit ausreichender Finanzierung.
- die institutionelle Förderung von Zentren der Off- und der Soziokultur und Bereitstellung von Ausstellungs- und Proberäumen für die freie Szene (Nutzung von Leerständen).
- Bereitstellung von Freiflächen für Graffiti.
- bezahlbare Anmietung von städtischen Räumen für private Feiern und Veranstaltung

Bildung ist mehr als Wissen

Armut beschämt, Armut grenzt aus, Armut macht krank. Alles, was man aus der Armutsforschung weiß, trifft auch auf Kinder und Jugendliche in den Schulen zu. Dass Armut von Schulkindern ein Resultat der familiären Einkommensarmut ist und nur durch ausreichendes Familieneinkommen geändert werden kann, ist unstrittig.

Umso beschämender ist es, dass ein so wohlhabendes Land wie Deutschland so wenig in die Bildung seiner Kinder investiert. Es ist ein Skandal, dass hierzulande Bildungspolitik nach Kassenlage betrieben wird und daher ständig zusammengekürzt wird, statt sich an den Bedürfnissen der Lernenden auszurichten.

Dabei ist jeder Euro der in die Bildung unserer Kinder gesteckt wird gut investiertes Geld!

Vorschulische Bildung sicherstellen

Die wesentlichen Grundlagen für den späteren Bildungserfolg werden nicht erst mit dem Eintritt in die Schule gelegt. Sprache vom Laut bis zum richtig gebildeten Satz, alle Formen kultureller Äußerung, Vorstellungen von Zahlen und Mengen, erstes Rechnen, soziale und moralische Konzepte, Biologie, Konstruktionen und physikalische Prinzipien beschäftigen Kinder schon im KiTa-Alter. Die spielerische und meistens in Alltagssituationen eingebettete vorschulische Bildung in den Kindertagesstätten hat deshalb eine große Bedeutung für den weiteren Bildungswegdegang. Dabei können Kitas in einer hochsensiblen Entwicklungsphase helfen, die unterschiedlichen Voraussetzungen auszugleichen, die Kinder aus dem Elternhaus mitbringen. Die Linke fordert deshalb, dass die frühkindliche wie die schulische Bildung vollständig gebührenfrei wird.

Als besonders schwierig stellt sich seit Jahren die Gewinnung von qualifiziertem Fachpersonal in den Kindertageseinrichtungen dar. In erster Linie ist es Aufgabe der Tarifparteien, hier für bessere Entlohnungs- und Versorgungsstrukturen zu sorgen. Doch auch die Politik sollte ihr Möglichstes tun, um die Personalsituation in den Kitas zu verbessern.

Schule und Bildung

Um soziale Ungleichheit zu bekämpfen, fordert die Linke ein längeres, gemeinsames Lernen im gebundenen Ganzttag. Denn nur so können die Schulkinder nach ihren persönlichen Bedarfen gefördert werden. Das gegliederte Schulsystem wollen wir mittelfristig abschaffen. Studien zeigen regelmäßig, wie schlecht es im internationalen Vergleich abschneidet.

Denn eine umfassende Bildung fördert nicht nur die persönliche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, sondern bildet zugleich die Basis für die gesellschaftliche Teilhabe und ist Teil des Kampfes gegen soziale Ungleichheit.

Die Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Hier werden unsere Kommunalvertretungen auf die gerechte Verteilung der kommunalen Klassenzahlen achten und kleine Klassen insbesondere in Grundschulen mit vielen sozial und/oder bildungsbenachteiligten Kindern einrichten.

Der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf einen Platz an einer Ganztagsgrundschule birgt für die Kommunen die Herausforderung, die Kapazitäten zügig auszubauen. Zwar sind 90 % der Grundschulen in NRW offene Ganztagsgrundschulen, aber weniger als die Hälfte der Grundschulkinder hat einen Ganztagsplatz. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für

Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Denn nur in eigenen Räumen für die OGS-Betreuung am Nachmittag können alle Schulkinder optimal gefördert werden. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

Daher fordert die Linke auf kommunaler Ebene:

- sofortige Ausbauplanung für eine 100-%-Versorgung im Grundschulganztags,
- Ausbau der Ganztagsplätze besonders in benachteiligten Sozialräumen und enge Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit mit den Familien.
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel, die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schulkinder zu begrenzen.

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schulkinder, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte. Wir fordern stattdessen in ganz NRW den gebührenfreien gebundenen Ganztags, um die Schulkinder gezielt fördern zu können.

Solange dies nicht realisiert sind, fordert Die Linke:

- die vollständige Finanzierung der Ganztagsgarantie nach dem Konnexitätsprinzip,
- die auskömmliche Finanzierung des offenen Ganztags durch das Land NRW, auch für die Qualitätsverbesserung.

Schulsozialarbeit

Bei Schulsozialarbeit handelt es sich um ein niederschwelliges Angebot, welches leicht und jederzeit während der Schulzeit für alle erreichbar sein muss. Denn hier können die Schulkinder frei über ihre Bedürfnisse und (außer)schulischen Probleme sprechen.

Deshalb fordern wir eine volle Stelle als Minimum für jede Grundschule in der Städteregion.

Weitere Stellen darüber hinaus sollten nach dem Sozialindex zugewiesen werden. Auch fordern wir das Land auf, sich bei den Kosten der Schulsozialarbeit zu beteiligen.

Des Weiteren wollen wir eine Neutrale Stelle für alle Schulen einrichten, an die sich Schulkinder beispielsweise bei Mobbing durch Lehrpersonal wenden können.

Mehrsprachigkeit fördern

Gerade in der Euregio als Grenzregion sind sehr viele Schulkinder natürlich mehrsprachig. Das trifft nicht nur auf neu Zugewanderte und Geflüchtete zu, sondern auch auf die Kinder und Enkel der „Gastarbeitergenerationen“ und die zahlreichen Grenzpendler*innen aus Belgien und den Niederlanden. Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen mit familiärer Mehrsprachigkeit haben eine EU-Staatsbürgerschaft.

Kommunalvertretungen der Linken kümmern sich um die Belange aller mehrsprachigen Kinder und Jugendlichen. Durch digitale Lerngruppen können insbesondere die Förderung der „kleinen“ Sprachen auch im ländlichen Raum gefördert werden.

Aber das Kernanliegen muss der Umgang mit familiärer Mehrsprachigkeit im Regelunterricht sein, um den Bedürfnissen aller Kinder gerecht zu werden. Die Kommunen müssen das in den Blick nehmen, um das Scheitern der Kinder beim Spracherwerb und im gesamten Lernprozess zu verhindern.

Inklusion im Bildungsbereich

Wir werden durch unsere Kommunalvertretungen eine integrierte Förderplanung einfordern, die die Unterstützung für die Betroffenen aus den verschiedenen Bereichen sicherstellt und die Organisation der verschiedenen Fördermaßnahmen nicht den Eltern aufbürdet.

Die bisherigen Maßnahmen zur Inklusion sind so unzureichend, dass sie teilweise sogar zu erhöhter Nachfrage nach Förderschulen geführt haben. Die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen sind hier sehr begrenzt, die Landesregierung ist gefordert, die Schulen so auszustatten, dass sie der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen gerecht werden können.

Daher wird linke Kommunalpolitik eine Raumplanung für Inklusion einfordern.

Auch wenn sich Die Linke mit allen Kräften für die Verwirklichung einer inklusiven Gesellschaft ausspricht, so werden Linke-Kommunalvertretungen dennoch in den nächsten Jahren übergangsweise der Einrichtung von inklusiven Schwerpunktschulen zustimmen, um den Prozess der Inklusion nicht auf Kosten der Qualität zu betreiben und die baulichen und personellen Umsetzungen sinnvoll gewährleisten zu können.

Trotz des Mangels an Fachkräften suchen viele Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Vor Ort finden sie zudem sehr viele und sehr unterschiedliche Beratungsangebote, die teilweise eher verwirren als helfen. Das Beratungsangebot muss sich zuvorderst an den Interessen der Jugendlichen ausrichten, nicht an Institutionen bzw. Schulformen.

Hier will linke Kommunalpolitik die kommunale Steuerung stärken: Berufskollegs, Arbeitsagentur, BiZ und kommunale Bildungsberatung sollen verknüpft werden, sodass Jugendliche einen zentralen Anlaufpunkt erhalten.

Auch setzen wir uns für den Erhalt der Berufskollegs in der Städteregion ein. Wir suchen dringend Fachkräfte für die Betreuung unserer Kinder, schränken aber gleichzeitig die Ausbildungsmöglichkeiten ein. Das ergibt doch keinen Sinn!

Weiterbildung

Wir setzen uns für eine öffentlich verantwortete und getragene Weiterbildung und einen Ausbau der Volkshochschulen als örtliche, wohnortnahe Zentren für Weiterbildung ein. Das Angebot muss alle Bildungsbereiche umfassen, wobei ein besonderes Augenmerk und eine besondere Förderung angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung auf die politische Bildung gerichtet werden muss. Ebenfalls stehen wir hinter dem Weiterbildungskolleg der Städteregion als Akteur im Rahmen des lebenslangen Lernens. Der Erhalt der Abendschulen, um auch Werktätigen den Raum zu schaffen, ihre Abschlüsse nachzuholen, wollen wir verteidigen.

Auch aufsuchende Ansprache- und Motivierungsformen gehören zum Aufgabenkatalog. Andere Einrichtungen und Träger sollten dieses öffentliche Angebot ergänzen, nicht ersetzen. Abwertung und Bedeutungsverlust der Weiterbildung, ihre selektierende Ausrichtung und der Stellenabbau dort müssen dringend geändert werden.

Gegen diese fortschreitende Privatisierung und Kommerzialisierung wollen wir die öffentlich geförderten und verantworteten Weiterbildungsstrukturen ausbauen und stärken. Es muss verhindert werden, dass sich die Volkshochschulen zunehmend dem Bildungsmarkt, seiner kommerziellen Ausrichtung, seinen selektiven Konkurrenzstrukturen und überwiegender Projektfinanzierung unterwerfen müssen.

Denn viele Volkshochschulen sind Ansprechpartner für unterschiedlichste Zielgruppen, besonders auch für diejenigen, die zu „Verlierern“ am Bildungsmarkt zählen.

Im Aufbau kommunaler und regionaler Bildungsnetzwerke können Volkshochschulen eine wichtige Schnittstelle darstellen und eine flächendeckende Versorgung für alle Erwachsenen sichern.

Aber in keinem anderen Bereich des Bildungswesens wurde völlig selbstverständlich hingenommen, dass Unterrichtstätigkeit – und einiges mehr – vorrangig von Honorarkräften durchgeführt wird. Nach einem wegweisenden Urteil ist das Ende der Honorartätigkeit gekommen. Das bedeutet für die Kommunen die Umwandlung der bisherigen ausbeuterischen Verhältnisse in feste Stellen und damit eine verlässliche und deutlich höhere Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung mit mehr festen Stellen und tariflicher Bezahlung.

Wir fordern:

- den Selbstständigen, die das bleiben möchten, ein Honorar pro Unterrichtsstunde von mindestens 45 Euro zu zahlen; der Mindestlohn nach dem Branchentarifvertrag Weiterbildung kann hier keine Anwendung finden.
- mehr Stellen für Festangestellte mit tariflicher Entlohnung nach dem TVöD zu schaffen. Die Mehrkosten sind nicht auf die Teilnehmenden abzuwälzen.
- Möglichkeiten einer effektiven und wirkungsvollen Interessenvertretung und Mitbestimmung für das Personal und die Teilnehmenden in der Weiterbildung (wieder) einzuführen.

Studierende und Hochschulen vor Ort fördern!

Die Aachener Hochschulen sind ein zentraler Kern der Städteregionalen Bildungslandschaft. Auch wenn sie eine Einrichtung des Landes NRW ist, sind ihre Studierenden, Mitarbeiter*innen und Gebäude Teil der Region. Die Linke vernachlässigt weder die Hochschule, noch ihre Studierenden.

- Die Linke nimmt Wohnmöglichkeiten für Studierende vor Ort in den Blick und unterstützt Studierendenwerke beim Bau. Kommunaler Boden kann hierzu in Erbpacht vermietet werden, um der Wohnungsnot entgegenzuwirken.
- Bei der kommunalen Verkehrsplanung muss nicht nur die Anbindung an den ÖPNV gewährleistet sein, sondern auch die Abstimmung der Taktzeiten auf die Hochschulangehörigen.
- Die Linke will die Teilhabe an kulturellen und sportlichen Angeboten auch für Studierende ermöglichen.
- Die Linke lehnt sämtliche Hochschulgebühren ab. Auch die von der RWTH angedachten Gebühren für Nicht-EU-Studierende sehen wir als unnötig und nicht zukunftsbedacht an.

Antifaschismus

Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus. Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“ insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus den Weg zu bahnen. Die Linke unterstützt den antifaschistischen Widerstand.

Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für zahlreiche Menschen in den Kommunen. Es brennen geplante oder bereits bewohnte Geflüchtetenunterkünfte. Geflüchtete, Migrant*innen, Angehörige der LGBTQIA+-Community, Antifaschist*innen, Gewerkschafter*innen und viele andere, die nicht in ein autoritäres rechtes Weltbild passen, werden verbal und körperlich attackiert. Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist die Bekämpfung rechtsextremer und rechtsterroristischer Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten Furcht und Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche Entwicklungen. Die Verbrechen des Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

Klimagerecht. Sozial. Vor Ort. – Klima, Umwelt und Mobilität für eine lebenswerte Stadt

Wir wollen Städte und Gemeinden, in der sich Kinder sicher bewegen, ältere Menschen auf einer Bank ausruhen können, die Luft sauber ist und niemand Angst haben muss, sich Energie oder Mobilität nicht leisten zu können. Der Klimawandel ist global – aber seine Lösungen beginnen vor Ort. Lasst uns in unserer Region zeigen, wie eine gerechte und ökologische Zukunft aussieht.

Wir stehen vor großen Herausforderungen: Die Klimakrise ist längst in unserem Alltag angekommen – Hitzesommer, Starkregen, zerstörte Böden und Artensterben sind Realität. Gleichzeitig erleben viele Menschen soziale Unsicherheit durch steigende Energiepreise und mangelhafte Verkehrsanbindungen. Deshalb brauchen wir eine Politik, die Umwelt- und Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit verbindet – konsequent, lokal und demokratisch.

An Orten wie dem Büchel in Aachen können wir, auch durch das engagierte Mitwirken der Linken in der städtischen Entwicklungsgesellschaft und in verantwortungsvollen Funktionen, dem Stadtteil bereits ein neues, sozial ausgewogenes Gesicht verleihen. Aufgrund des Klimanotstandes steht nun auch die Organisation des Verkehrs auf dem Prüfstand. Während der Bus- und Bahnverkehr an Attraktivität gewinnen muss, zeigt sich gerade der Bushof als einer der unattraktivsten Plätze der Stadt – doch mit dem neuen „Haus der Neugier“ eröffnen sich Chancen, diesen Platz und sein Umfeld grundlegend umzudenken.

Die Linke steht für eine solidarische Umweltpolitik und eine echte Verkehrswende – mit sauberer Luft, bezahlbarer Energie, sicheren Radwegen, mehr Grün und Mobilität für alle. Wir unterstützen den raschen Ausbau der Regio-Tram, die von den Nordkommunen der Städteregion bis zum Hauptbahnhof führt. Dieser erste Abschnitt soll zügig zu einem umfassenden Stadtbahnnetz weiterentwickelt werden. Denn sinnvolle Elektromobilität basiert auf einem funktionierenden Stadtbahnnetz – das bloße Ersetzen von Diesel und Benzinern durch E-Autos löst keine Verkehrsprobleme.

Mobilität & Verkehr

Öffentlicher Nahverkehr und Stadtbahnnetze

- Wir unterstützen den zügigen Bau der Regio-Tram. Weil die Planungsverfahren und der Bau jeweils viele Jahre dauern, muss schon jetzt mit der Planung weiterer Stadtbahnlinien in Aachen begonnen werden.
- Gut ausgestattete Schnellbusse sind ein Erfolgsmodell, wie die SB66 nach Monschau eindrucksvoll beweist. Die Anzahl der Fahrten muss jedoch deutlich erhöht werden, wie es auch Gutachten empfehlen. Auch die SB63, der Schnellbus über Burtscheid nach Simmerath und bis in unseren Nationalpark, muss endlich mit ähnlich guten Bussen betrieben werden. Diese müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, damit auf den Langstrecken Verlässlichkeit auch bei den Qualitätsstandards erreicht wird.
- Der Aachener Bushof, einer der derzeit unattraktivsten Plätze der Stadt, soll zusammen mit seinem Umfeld neu gestaltet werden – als zentraler Umsteigeknoten im städtischen Verkehrssystem und als ein Ort, der Bürger*innenpartizipation ermöglicht.

Förderung des Radverkehrs und Verringerung des Autoverkehrs

- **Radentscheid und Lücken schließen:** Erste Fortschritte bei der Umsetzung des Aachener Radentscheids sind erzielt worden – auch dank des Drucks der Linken. Wir möchten damit ein Beispiel für die Region schaffen. Allerdings sind zu viele Straßen in unserer Region immer noch fast ausschließlich auf den Autoverkehr ausgerichtet. Die meisten Radvorrangrouten sind fragmentiert und nicht durchgehend befahrbar. Es muss höchste Priorität haben, diese Lücken zu schließen, um Radfahren sicherer und attraktiver zu machen. Die Beseitigung von Staustellen des Autoverkehrs darf nicht auf Kosten umweltfreundlicherer Verkehrsmittel geschehen.
- **Alternative Nutzung und Parkkonzepte:** Neben dem Ausbau des Radwegsystems sollen auch innovative Konzepte – wie Schließfachangebote als Ersatz für private Parkplätze – dazu beitragen, den Autoverkehr zurückzudrängen. Das Ziel ist nicht, Autos grundsätzlich zu verbieten, sondern unsere Städte und Gemeinden so zu gestalten, dass möglichst niemand auf ein eigenes Auto angewiesen ist.

Energie & Wärmewende

Erneuerbarer Energiemix und Solarpflichten

- **Stadteigene Photovoltaik und IKSK:** Im Rahmen des Integrierten Klimaschutz-Konzeptes (IKSK) sollen auf allen geeigneten Dächern städtischer Gebäude Photovoltaikanlagen installiert werden. Der bisherige Einsatz sowie die Solarpflicht bei Neubauten greifen oft erst bei großen Dachflächen. Wir fordern daher eine schnellere und umfassendere Umsetzung:
 - Private Bauherr*innen sollen durch städtebauliche Verträge zur Errichtung von Photovoltaikanlagen verpflichtet werden – auch schon bei kleineren, geeigneten Dachflächen.
 - Die Stadt muss den Ausbau städtischer Dächer mit Photovoltaik beschleunigen, um den Beitrag zur Energiewende deutlich zu erhöhen.
- **Wind- und Solarflächen:** Aachen muss zudem ausreichend Flächen für Windräder und weitere Solaranlagen ausweisen. Dabei darf das geplante sogenannte Einstein-Teleskop bei Maastricht nicht den Ausbau der Windenergie behindern – weder in Bezug auf Kosten noch technologische Entwicklung.

Klimagerechte Wärmewende

- Die Stadt braucht eine klimagerechte Wärmewende: Weg von Öl und Gas, hin zu klimaneutraler, bezahlbarer Wärme. Der Ausbau von Wärmenetzen, Wärmepumpen, Geothermie, Abwasserwärmenutzung und Großwärmepumpen muss vorangetrieben werden – vor allem, dort wo konventionelle Wärmenetze nicht sinnvoll erscheinen.
- Die Wärmequellen dürfen sich nicht ausschließlich aus Abwärme von Müllverbrennungsanlagen speisen, da dies im Widerspruch der Reduktion von Restmüll steht und wir uns nicht von einzelnen Großanbietern abhängig machen wollen.
- Es muss sichergestellt werden, dass Investitionskosten für ein Wärmenetz nicht auf die Mieter*innen umgelegt werden.
- **Energieversorgung und soziale Gerechtigkeit:** Die Linke tritt energisch für einen Strom-Sozialtarif ein, um einkommensschwachen Bürger*innen einen bezahlbaren Zugang zu Energie zu garantieren – ein wichtiger Schritt, um Stromabschaltungen bei Zahlungsrückständen zu verhindern. Ebenso sollen energetische Gebäudesanierungen mit einer Mindestdsanierungsrate von sechs Prozent pro Jahr sowie dauerhafte Zuschüsse im Rahmen des IKSK vorangetrieben werden – ohne, dass diese Kosten auf die Miete abgewälzt werden.
- **Atomkraft und Kohleabbau:** Angesichts der geografischen Lage Aachens – zwischen den riskanten Atomkraftwerken Tihange im Westen und den Braunkohletagebauen Inden, Garzweiler und Hambach im Norden und Osten – muss mehr erfolgen als leere diplomatische Appelle:
 - Die Stadt Aachen soll sich verpflichtend auf Landes- und Bundesebene für die Stilllegung der letzten bedrohlichen belgischen Atomreaktoren (Tihange 3 und Doel 4) einsetzen.
 - Zudem fordern wir den sofortigen Stopp des Kohleabbaus sowie der Brennelementexporte aus Lingen und die Schließung der in Gronau produzierenden Urananreicherungsanlage.
 - Gegen das aktuelle Schnellverfahren zur Endlagersuche in Belgien muss energisch Einspruch eingelegt und ein grenzübergreifendes, demokratisches Verfahren gefordert werden.
- **Garantierte Ersatzarbeitsplätze:** In diesem Kontext fordern wir gleiche Bedingungen und garantierte Ersatzarbeitsplätze für alle Beschäftigten stillgelegter Kraftwerke.

Stadtentwicklung, Planung und Umwelthanpassung

Klimaschutz, Hochwasserschutz und das Schwammstadt-Prinzip

- **Schutz vor den Folgen des Klimawandels:** Angesichts extremer Wetterphänomene fordert Aachen einen ganzheitlichen Ansatz zur Klimaanpassung. Hierbei muss der Hochwasserschutz konsequent mit dem Naturschutz verknüpft werden:
 - Es sollen natürliche Retentionsflächen erhalten und ausgebaut werden.
 - Das **Schwammstadt-Prinzip** wird flächendeckend umgesetzt, um extreme Niederschläge effizient zu verwalten, Wasser aufzunehmen und so die Stadt widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.

Urbanes Grün und nachhaltige Stadtentwicklung

- **Begrünung und Erholung:** Ziel ist es, 40 % der Stadtfläche zu begrünen. Das umfasst:
 - Nachhaltige Baumpflege mit größeren Baumscheiben und Neubepflanzungen.
 - Fassadenbegrünung, vor allem bei öffentlichen Gebäuden und in Neubauprojekten.
 - Bürger*innenvorschläge für Entsiegelung und die Schaffung konsumfreier Aufenthaltsräume – etwa in modern ausgestatteten Waldhütten, die mit Sitzbänken und Tischen versehen werden.
- **Wald- und Wanderwege:** Neben der Aufwertung von Naherholungswäldern wird auch auf die klare Differenzierung zwischen aktiv nutzbaren Naherholungsgebieten und naturbelassenen Schutzgebieten geachtet.
 - Wanderwege wie der Vennbahnweg sollen durch bessere Beschilderung und Anbindung aufgewertet werden.
 - Die Natur soll „als Natur“ behandelt werden – ohne technische Spielereien – um authentische Erholung zu ermöglichen.
- **Müllvermeidung und Ressourcenschutz:** Um einer erhöhten Müllproduktion entgegenzuwirken, wird unter anderem eine Verbrauchssteuer auf Einwegverpackungen gefordert. Gleichzeitig sollen Unverpacktläden unterstützt und regionale Initiativen vernetzt werden, um den Umschwung zu einem flächendeckenden, ressourcenschonenden System zu erreichen.

Bürger*innenbeteiligung und transparente Stadtplanung

- **Partizipation in allen Prozessen:** Bürger*innen, Umweltinitiativen, Wissenschaft und Umweltverbände gehören in alle Planungsprozesse eingebunden – von der Verkehrs- und Bauplanung bis hin zur Umsetzung des integrierten Klimaschutz-Konzeptes (IKSK). Vorhandene Maßnahmen sollen transparent kommuniziert und regelmäßig evaluiert werden.
- **Soziale Stadtgestaltung:** Neben infrastrukturellen Maßnahmen stehen auch die Schaffung konsumfreier, öffentlicher Räume im Fokus. Innovative Konzepte wie Sitzbänke, Tische in Parks und Waldhütten fördern den sozialen Zusammenhalt und bieten Orte für Begegnungen.

Schlusswort

Wir wollen Städte und Gemeinden, in denen kein Mensch zurückgelassen wird. Das heißt: faire Chancen, gesunde Lebensbedingungen, soziale Gerechtigkeit und echte Teilhabe für alle. Wir fordern eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung die insbesondere die schwächsten unserer Gesellschaft, ob Kinder, Alleinerziehende, Rentner*innen oder Erwerbslose in den Blick nimmt und fördert. Der Zugang zu Kultur, Bildung, Mobilität und Wohnraum muss für alle möglich sein – unabhängig vom Geldbeutel.

Die Region soll ein leuchtendes Beispiel dafür werden, wie Transformation in den Bereichen Klima, Mobilität, Energie und Stadtentwicklung gelingen kann. Die Orte der Region werden zu einem Ort, an dem Kinder sicher spielen, ältere Menschen in begrünten Wohnräumen verweilen

und Natur als authentischer Rückzugsort erlebt wird. Durch die konsequente Verbindung von Klimaschutz, moderner Infrastruktur und umfassender Bürger*innenbeteiligung können wir den Herausforderungen des Klimanotstandes standhalten – und damit global wegweisende lokale Lösungen präsentieren.

Unser Leitbild ist klar: Städte und Gemeinden, in denen wir solidarisch leben – Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen. Gemeinsam für eine soziale und lebenswerte Zukunft.